

# Neue Bewegungen im deutschen Protestantismus

Wir meinten neulich, im Lager unserer im Glauben getrennten deutschen Brüder seien die Zustände so ruhig, daß, abgesehen von den großen Worten des Evangelischen Bundes und seines neuen Führers Doebring, kaum Nennenswertes und für Katholiken Beachtliches zu berichten wäre<sup>1</sup>. Das ist inzwischen anders geworden. Zunächst ist in diesem Evangelischen Bunde selbst der Widerstand gegen die Manieren des Bundespräsidenten, auf den wir damals hinwiesen, so gewachsen, daß schließlich wieder eine Palastrevolution ausbrach. Der Vorstand hat um des Friedens willen seinen Präsidenten Doebring etwas unfreundlich durch eine Neuwahl ersehnt. Als Antwort gründete der Gestürzte sofort einen Gegenbund, den Lutherring. Diesem Gegenbund stellte sich merkwürdigerweise von Anfang an der Berliner „Reichsbote“ als Sprachrohr zur Verfügung (Februar 1927). Man kann gespannt sein, wie lange die Eintracht zwischen Doebring und dem anders gearteten, aber auch stark selbstherrlichen Pastor D. Philipp s halten wird.

Es ist hinlänglich bekannt, daß im Evangelischen Bunde seit langem zwei Strömungen im geheimen miteinander rangen, eine „einseitige Frontstellung (auf der einen Seite) gegen Rom“ und auf der andern eine gemäßigtere Tonart, die bei allem Bemühen um Weckung des protestantischen Bewußtseins doch ein friedliches Nebeneinanderleben mit den katholischen Volksgenossen ermöglichen wollte. Die erstere war mehr im Westen (Rheinland, Hessen, Württemberg), die andere mehr im Osten (Schlesien, Brandenburg, Preußen) vorherrschend. Noch kurz vor dem Weltkrieg, Ende September 1913, wurde auf der Generalversammlung des Bundes in Görlitz „die nationale Gemeinbürgerschaft und der konfessionelle Frieden“ als Zweck der Arbeit ausgerufen, allerdings mit eigentümlicher Betonung der drei Hauptbedingungen dieses Friedens: als eines „Friedens, der vereinbar ist mit der protestantischen Ehre, der evangelischen Wahrheit und der nationalen Freiheit“.

Um noch deutlicher zu beweisen, daß es dem Bunde und seinen damaligen Führern nicht um Kampf gegen Rom, um Streit und Verneinung, sondern auch um Aufbau und fruchtbringende Arbeit zu tun sei, wurde auf der nämlichen Versammlung bekanntgegeben, daß der Bunde jetzt an die Gründung eines neuen Unternehmens gehe und eine Schwesternschaft des Evangelischen Bundes ausbauen wolle, und zwar auf den Grundlagen der schon bestehenden anhaltischen Schwesternschaft. Das Schwesternheim in Dessau sollte der vorläufige Mittelpunkt zur Ausbildung und Ausdehnung der Schwesternschaft des Evangelischen Bundes werden.

Es war das der dritte Versuch vonseiten des Bundes, auf diese Weise in den Wettbewerb der Religionen auf dem Felde der christlichen Nächstenliebe einzutreten. Der erste Versuch war das Diaconissenhaus des Evangelischen Bundes in Schwäbisch-Hall. Ein Pastor Faulhaber war der Gründer. Das Werk hatte aber nur kurzen Bestand.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. 112, Januar 1926, S. 284.

In Freiburg i. Br. wurde darauf ein zweites Diakonissenhaus des Evangelischen Bundes gegründet. Bald brachen aber auch hier Zwistigkeiten in der Vorstandshaft aus wegen der Wahl des leitenden Geistlichen. Im Jahre 1898 brachte das „Badische Kirchen- und Volksblatt“ und andere Zeitungen die Nachricht, daß aus dem Vorstand dieses Bundes-Diakonissenhauses der Freiburger Stadtpfarrer Schmitthennner und andere führende Männer ausgetreten seien. In der Folge erlahmte der Eifer des Bundes für das Unternehmen. Man schloß daraus, daß Süddeutschland kein günstiger Boden für den geplanten Wettbewerb sei, und verlegte den dritten Gründungsversuch nach Dessau in Anhalt. Hier vermied man den in Bundeskreisen zu katholisch-klösterlich anmutenden Namen Diakonissen und wollte nur eine neue „Schwesternschaft des Evangelischen Bundes“ mit freier gerichteten Regeln aufbauen. Archidiakonus Dr. phil. et med. Craemer in Salfeld und seine Frau, die selber Krankenpflegerin gewesen war, stellten sich als Leiter zur Verfügung<sup>1</sup>.

In dem bald ausbrechenden Weltkrieg war auch die Dessauer Schwesternschaft mit einer bescheidenen Anzahl von Krankenpflegerinnen vertreten. Seitdem ist in der Öffentlichkeit selten und nur in allgemeinen Ausdrücken ohne statistische Angaben von dem Unternehmen die Rede. Und doch sollte es der Beweis sein, daß der Evangelische Bund nicht lediglich protestierend, sondern auch positiv aufbauend am Wettstreit der Bekenntnisse beteiligt sei. Wiederum scheint sich hier die Klage zu bestätigen, die man früher manchmal aus Diakonissenhäusern vernahm: „Uns fehlen die Pastorentöchter.“ Mit andern Worten: Der Zudrang zu dieser Art Wettbewerb aus Kreisen des Evangelischen Bundes ist nur sehr mäßig, und die Klage wegen der Überlegenheit der katholischen Schwestern verstummt immer noch nicht.

Abgesehen von dem neuen Lutheerring des Hofpredigers Doebring gab es schon vorher mehrere Organisationen, welche gleich dem Evangelischen Bund an der Einigung des zersfahrenen deutschen Protestantismus ihre Kraft versuchten und mit ihm rivalisierten. Da ist zunächst der einige Zeit vor dem Krieg von Godesberg aus gegründete „Deutsche Evangelische Volksbund für öffentliche Mission des Christentums“ der im Jahre 1921 seine Mitgliederzahl mit 82000 angab. Im Juni 1927 hielt er in Mülheim a. d. Ruhr wieder eine große Hauptversammlung, bei der die Zahl 110000 erreicht war. Der Verein ist zwar streng protestantisch, sucht aber mit den deutschen Katholiken nach Möglichkeit friedliche Nachbarschaft zu halten, was ihm unter seinem verständigen und sehr tätigen Führer, Pastor Stuhmann, gut zu gelingen scheint. Diesem Volksbund ist neuestens noch eine „Evangelische Volkgemeinschaft“ zur Seite getreten, die in dem Wochenblatt „Evangelische Warte“ ihr Sprachrohr und besonders im Hessischen ihre Anhänger und Freunde hat. Auch diese Gemeinschaft will in erster Linie für Geltendmachung der christlichen Grundsätze und Sittengebote im öffentlichen Leben wirken. Der Unterschied zwischen dem Volksbund und der Volkgemeinschaft scheint großenteils darin zu liegen, daß die hessische Gemein-

<sup>1</sup> Näheres in „Reden und Vorträge gehalten bei der 26. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Görlitz, 25.—29. September 1913“, S. 15 ff.

schaft neben dem Kampf gegen Unglauben und Materialismus den Haß gegen Ultramontanismus und Papst auf ihre Fahne geschrieben hat. Man sollte in der Tat meinen, wenn es den beiden Vereinen mit der Verchristlichung des weltlichen öffentlichen Lebens im Staat und in der bürgerlichen Gemeinschaft, d. h. mit dem Kampf gegen die unbeschränkte „Eigen-  
geselligkeit“ des Weltlaufs, ernst ist, dann müßten sie, wo nicht die Bundesgenossenschaft, so doch von Fall zu Fall ein friedliches Hand-in-Hand-gehen mit den deutschen Katholiken, die auf diesem Felde schon einiges geleistet haben, nicht so grob von sich weisen, wie der letztgenannte Verein es tut.

Diese Erwägung führte dazu, daß einige protestantische Politiker im Verein mit dem mehrfach um die deutsche Einigkeit verdienten D. Friedrich Thimme, nachdem sie sich mit den katholischen Zentrumsleuten grundsätzlich verständigt hatten, an die Führer der genannten hessischen Volksgemeinschaft mit der Frage herantraten, ob es nicht möglich und ratsam sei, nach Art des Zentrums auch für die Protestanten eine politische christliche Partei zu gründen, welche in möglichster Anlehnung an die Katholiken im Zentrum für die Geltendmachung der gemeinsam anerkannten sittlichen Vorschriften in Staat und Gesellschaft eintreten könnte und wollte. Die Gemeinschaftsführer erklärten zu Besprechungen über den Plan ihre Bereitschaft, und so traten beide Teile in Kassel am 10. März ds. Js. zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Inzwischen aber hatte der Wind bei dem einen Teil völlig umgeschlagen. Die Führer der „Evangelischen Volksgemeinschaft“ wollten von einem Frieden mit den Katholiken nichts mehr hören, ja gleichzeitig mit der Kasseler Besprechung erschien in ihrem offiziellen Blatt ein Kampfruf, der die Parole ausgab: „Die Evangelische Volksgemeinschaft kämpft gegen den das Volk um seine heiligsten Güter beraubenden Atheismus, gegen den das Volk mit der Macht des Geldsacks knechtenden Materialismus und gegen den Ultramontanismus...“ Damit war der Plan des Zusammengehens, wie D. Thimme in seinem „Schlußwort“ zu dem Unternehmen sagt, vorläufig gescheitert<sup>1</sup>. Die erwähnten Führer, besonders der hessische Pfarrer Weidner, hatten offenbar im letzten Augenblick gemerkt, daß die Stimmung im Protestantismus jetzt, wo man auf die Katholiken nicht mehr so zwingend angewiesen ist, einer religiösen Friedensaktion stark widerstrebt. Nun haben aber Weidner und Genossen ihre Hoffnung, die „Volksgemeinschaft“ nach Art des Evangelischen Bundes über ganz Deutschland auszubreiten, noch nicht aufgegeben. Zu diesem Ziel ist der Kampf gegen Rom und den Papst nach wie vor das einzige stets zugkräftige Mittel.

D. Thimme macht übrigens bei dieser Gelegenheit noch auf einen vierten Evangelischen Bund aufmerksam; es ist die „Christlich-soziale Gesinnungsgemeinschaft“, die von Stuttgart-Korntal aus durch ihr Wochenblatt „Christlicher Volksdienst“ Anhänger wirbt und in Süddeutschland erheblich Boden zu gewinnen scheint. Ein Ableger dieser Gemeinschaft hat sich neuestens in Berlin unter dem Vorsitz des Missionsdirektors F. A. Spieker gebildet. Der Bildung einer politischen „Evangelischen Volkspartei“ nach Art des deutschen

<sup>1</sup> Näheres in der Zeitschrift „Der Zusammenschluß. Politische Monatschrift zur Pflege der deutschen Eintracht“ von D. Fr. Thimme, Berlin, Juliheft 1927, S. 202 ff.

Zentrums wäre das Blatt „*Volksdienst*“ nicht abgeneigt, meint jedoch, „daß in jedem Falle vor einer parteimäßigen Zusammenfassung des evangelischen Teils unseres deutschen Volkes noch eine große Erziehungsarbeit geleistet werden müsse“, mit andern Worten, daß die deutschen Protestanten für positive Friedensarbeit noch nicht reif seien<sup>1</sup>. Möge es dem „Zusammenschluß“ Thimmes und dem „*Volksdienst*“ von Korntal und andern Pädagogen vergönnt sein, hier Wandel zu schaffen.

Wichtiger als diese Kämpfe um die Zahl der Evangelischen Bünde und um die immer noch zu gründende politische Zentrumspartei der Protestanten sind zwei offizielle protestantische Kirchenversammlungen, die im Jahre 1927 in Berlin und Königsberg in Preußen gehalten wurden. In Berlin tagte vom 23. April bis 12. Mai die zweite verfassungsmäßige Generalsynode der „Evangelischen Landeskirche der altpreußischen Union“.

Die erste „verfassunggebende“ Synode hatte im Jahre 1921—1922 stattgefunden. Der wichtigste Gegenstand ihrer Beratungen war der Kampf um das Bekenntnis (Präambel<sup>2</sup>). Es dauerte aber noch einige Jahre, bis die erforderlichen Neueinrichtungen ausgeführt waren und bis die neue Verfassung wirklich ins Leben treten konnte.

Darum ist diese zweite Generalsynode der größten protestantischen Landeskirche Deutschlands und des europäischen Kontinents in Wirklichkeit die erste gesetzgebende Versammlung, welche auf Grund der neuen Kirchenverfassung an den Auf- und Ausbau der endlich mehr oder weniger staatsfrei gewordenen „Kirche der altpreußischen Union“ herantraten konnte. Schon dieser Name „altpreußische Union“ ist ein bleibender Denkzettel daran, wie eng dieses Kirchenwesen mit der Politik, der Staatsgewalt und Monarchie verwachsen ist und noch lange verwachsen sein wird. Politisch, monarchistisch, antirepublikanisch scheint denn auch die vorwiegende Tonart der Versammlung oder dessen, was davon öffentlich bekannt wurde, gewesen zu sein. Immerhin hatte man schon auf der ersten verfassunggebenden Synode allgemein das Gefühl, daß der Amtstitel Generalsuperintendent für die obersten Geistlichen dieser Union zu grell an die Stellung eines königlich preußischen Aufsichtsbeamten in spiritualibus erinnere und nicht bleiben könne. Da man sich aber um den neuen Namen so rasch nicht einigen konnte, so verschob man die Änderung, für die ein einfaches Kirchengesetz genügen konnte, auf eine kommende Tagung. Seitdem hatte der Titel Bischof unter dem Einfluß der dänischen, schwedischen, anglikanischen und amerikanischen „Bischöfe“ immer mehr Liebhaber gefunden, und die Befürworter der Neuerung zweifelten nicht daran, daß sie damit auf dieser Generalsynode durchdringen würden. Es kam aber anders. In der Zwischenzeit hatte die Frontstellung gegen Rom, Papst, Bischof, Nuntius, Konkordat und Zentrum nicht ohne tätige Mitwirkung der ostelbischen Bischofsfreunde so wirksam gearbeitet, daß beide Parteien sich auf der Synode die Waage hielten. Bei der Hauptabstimmung erreichten sogar die Gegner eine Zufallsmehrheit von wenigen Stimmen. Der Romschreck hatte wieder ein-

<sup>1</sup> Neuestens meldet der „Bayerische Kurier“ (304) aus Nürnberg, daß der „Christliche Volksdienst für Bayern“ bei den nächsten Wahlen zum Landtag mit einer eigenen Kandidatenliste auftreten wolle.

<sup>2</sup> Vgl. darüber diese Zeitschrift 104 (1923) 280 ff.

mal gewirkt. „Es wär' so schön gewesen, es hat nicht sollen sein!“ jammerte die Kreuzzeitung. Die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ aber seufzt: „Roma triumphans — denn es ist nur eine Frage kurzer Zeit, bis der römische Bischof in Preußens Hauptstadt einzieht.“

Von größerer Wichtigkeit und auch für uns Katholiken nicht ohne jede Bedeutung war ein Gegensatz der Meinungen über die Pfarrerfrage. Der neue Geistgeist hatte schon vor Jahrzehnten in einigen protestantischen Sekten den weiblichen Pfarrer geboren. Vor dem Krieg hatte man jedoch in der altpreußischen Landeskirche jeden Gedanken an einen clerus minor, an Pfarrer zweiten Grades oder gar an „Pfarrerinnen“ vornehm abgewiesen als sekterierische Sonderbarkeit. Wie aber die Not der Nachkriegszeit und die Trennung von Kirche und Staat das ganze Verhältnis zwischen Sekten und protestantischen Landeskirchen umgestülpt haben, so gewann auch der weibliche Geistliche auf einmal ein anderes Gesicht. Die Zahl der protestantischen Theologen studierenden Damen nahm zu, und man konnte ihnen den Zugang zu den theologischen Prüfungen nicht wohl versagen. Was soll aber nach bestandenem Examen aus ihnen werden?

Vor dieser Frage stand die Synode, als es sich darum handelte, das Gesetz über die Vorbildung der Geistlichen neu zu ordnen. Ein Vorschlag, die wissenschaftlichen Anforderungen an die Theologinnen niedriger zu stellen als an die männlichen Theologen und danach auch ihre Amtsbefugnisse einzuschränken, fand wenig Anklang, am wenigsten bei den Theologinnen selber. So bestimmt also das neue Gesetz, daß Vorbildung und Prüfungen für männliche und weibliche Theologen ganz gleich sein sollen. Die Folgerung aber aus dieser Bestimmung, daß nun auch beiden Teilen die nämlichen seelsorgerlichen Ämter offenstehen sollten, wagte die Synode noch nicht zu ziehen. Das Gesetz, wie es beschlossen wurde, handelt nur über Vorbildung und Ausbildung von Vikarinnen. Die Pfarrherrin kommt später. „Die Frauenbewegung sieht sich immer mehr durch. Jetzt hat die Frau — das muß man offen zugeben — ihre Hand mit Erfolg zum ersten Mal ausgestreckt zur Erreichung des geistlichen Amtes. Denn daß das jetzt Erreichte nur die erste Abschlagszahlung der Kirche ist, darüber sind alle Verständigen im klaren.“<sup>1</sup>

Natürlich wurde auf der Synode der größten deutschen Landeskirche bei den verschiedensten Gelegenheiten auch das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten berührt, aber man war darauf bedacht, keine darauf bezüg-

<sup>1</sup> „Allg. Evang.-Lutherische Kirchenzeitung“ 1927, Nr. 31. — In drastischer Form gab ein Mitarbeiter des „Reichsboten“ seinem Unmut über die Vikarinnen Ausdruck: „Man könnte geneigt sein, gegen die drohende Gefahr der Verweiblichung der Kirche zum Kampf aufzurufen. Aber das ist das Verkehrteste. Irrwege werden am sichersten dadurch überwunden, daß man sie noch ein Stück weitergeht. Wir wollen die gegenwärtige Entwicklung lieber nicht daran hindern, sich so zu entfalten, daß ihre Frucht erkennbar wird. Außerdem enthält sie zwei Rückseiter, welche durch die Zeit notwendig ausgebrütet werden. Aus dem einen wird eines Tages der voll ausgewachsene weibliche Pastor kriechen. Dann wird schon von selbst eine Wendung der Dinge kommen. Das andere wird ein Wesen hervorbringen, das sich über kurz oder lang mit dem jungen Pfarrer der nächsten Gemeinde verheiratet. Auch das ist eine Wendung, und zwar zum Guten. Hoffentlich weiß es dann auch, was Säuglingspflege ist und wie man ein Mittagessen kocht. Schade nur um das Geld und die Zeit.“ („Protestantenblatt“ 34 vom 21. August 1927.)

lichen schroffen Fanfaren in die Berichte zu bringen. Man ging in der Vorsicht so weit, daß (nach der „Frankfurter Zeitung“) die vertraulichen Mitteilungen, welche der Präsident des Oberkirchenrats D. Käppler über das Konkordat zu geben hatte, in eine Geheimisierung des erweiterten Verfassungsausschusses verlegt wurden. Sollten die Verhältnisse es erfordern, wurde gesagt, so wolle man lieber nochmal zu einer besondern Sitzung zusammenentreten.

Große Sorgen bereitet den Synodenalen immer noch das katholische Kirchengefetz über die Missionshefen. Durch besondere Berichte sollen die Provinzial- und Kreissynoden auf „die hier drohende Gefahr“ hingewiesen werden. Merkwürdigerweise findet man daneben keinen Hinweis über die Stellung zu den sog. „Sekten“ oder Freikirchen, wie der neue Titel jetzt lautet.

Und doch hätte die Landeskirche alle Ursache, hier nach dem Rechten zu sehen, denn die amerikanische Gegenreformation durch diese amerikanischen Freikirchen der Methodisten, Baptisten, Kongregationalisten usw. steht als viel schwärzere Wolke an ihrem Gesichtskreis, seitdem sie aufgehört hat privilegierte Staatskirche zu sein. Wehe, wenn die „Religiösen Sozialisten“ in Widerwillen gegen die deutsch-nationale Reaktion der „Altpreußen“ sich diesem neuen Evangelium zutwenden! Es ist nämlich eine auffallende Tatsache, daß in der norddeutschen Sozialdemokratie ein Umschwung im Gang ist. Der langweilige Haeckelismus wird mehr und mehr unmodern. Wenn selbst die russischen Bolschewisten sich ohne Kirche und Orthodoxie nicht wohl fühlen, dann versteht man, daß um so mehr auch unsere „Proletarier“ den Zukunftsstaat nicht ganz ohne Idealismus und Religion verwirklichen mögen. Sind doch die meisten von ihnen von Haus aus Mitglieder der Landeskirche und Kraft des allgemeinen Priestertums sogar Priester! Wenn sie sich dieser Zugehörigkeit wieder erinnern und von ihrem Rechte Gebrauch machen, dann können die Landessynoden ein wesentlich anderes Aussehen annehmen!

Außerlich großartiger und sachlich für unsern Gesichtskreis bedeutender als diese Berliner Versammlung war eine andere deutsch-protestantische Synode, der „Kirchentag“ des im Mai 1922 gegründeten „Deutschen Evangelischen Kirchenbundes“, der vom 17. bis 21. Juni 1927 in Königsberg i. Pr. stattfand. Nachdem schon vor dem Zustandekommen dieses Bundes zwei formlose Kirchentage in Dresden 1919 und Stuttgart 1921 gehalten waren, wurde die erste verfassungsmäßige Tagung der 210 Abgeordneten aus allen deutschen evangelischen Kirchengauen am 14.—17. Juni 1924 in der Bodelschwinghschen Anstalt Bethel bei Bielefeld gehalten. Das wichtigste Ergebnis dieser ersten Versammlung war eine lange feierliche Botschaft an das deutsche protestantische Volk, worin im zweiten Teil auch das Verhältnis des Christentums zur sozialen Frage berührt wurde. Seit dem Kaisertelegramm „Christlich-sozial ist Unsinn“ und dem entsprechenden Erlass des Berliner Oberkirchenrats von 1895 gegen Stoedlers Reformbewegung war dieses Gebiet der preußischen Staatskirche verschlossen. Jetzt erhob der staatsfreie Protestantismus zum ersten Mal wieder den Anspruch, daß er auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens und der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung im Namen des Evangeliums mitzusprechen habe<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Neuerdings hat der Urheber jenes an Frhr. v. Stumm gerichteten Telegramms seinen Fußgang angetreten. Der Bericht darüber lautet: „Das fünfzigjährige Jubelfest der Stadt-

Nach einer Klage über die Vergiftung des Wirtschaftslebens und die furchtbare Verschärfung der sozialen Gegensätze fährt die Kundgebung fort: „Gewiß folgen die wirtschaftlichen Ordnungen auch eigenen Gesetzen.... Aber es kommt auf den Geist an. Wahrhaft soziale Gesinnung stammt aus dem christlichen Glauben.... Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen.“

Dies wird in erbaulichen Worten ausgeführt und mit Ermahnungen zum Frieden an Arbeiter und Arbeitgeber geschlossen: „Einer trage des andern Last!“ „Jetzt ist die Stunde der Entscheidung. Jeder Evangelische, Mann und Frau, hat die Pflicht, mitzuhelpen, daß das Geforderte eine Verwirklichung finde.“<sup>1</sup>

Die Kundgebung von Bethel ist heute fast verschollen. Weder die Geistlichen auf den Kanzeln noch die Arbeiter noch die Arbeitgeber wußten etwas Rechtes damit anzufangen. Darum war es nicht überflüssig, daß die Königsberger Tagung eine ähnliche Kundgebung ausgab, in der sie ihr Recht wahrte, in Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gehört zu werden. Neu ist an diesem Aufruf, daß zum ersten Mal von der Stellung des protestantischen Christentums zu unserem heutigen Staat geredet wird. „Die Kirche steht über den Parteien. Sie läßt und gibt dem Staat, was des Staates ist. Der Staat ist uns eine Gottesordnung mit eigenem wichtigen Aufgabenkreis. Ebenso freilich hat sie bestimmte sittliche Forderungen an ihn zu stellen, insbesondere kann sie nicht darauf verzichten, in Selbstständigkeit und Freimut an Gesetzgebung und Verwaltung die sittlichen Maßstäbe anzulegen und im gesamten öffentlichen Leben die Forderungen des christlichen Gewissens zu vertreten.“<sup>2</sup> Für katholische Ohren sind das Selbstverständlichkeiten. Seit den großen Kundgebungen Pius' IX. und Leos XIII. gehören die Ansprüche, welche in Königsberg erhoben wurden, zu den Katechismuswahrheiten. Ein deutsch-protestantisches Kirchenparlament aber betritt mit obigem Bekenntnis einen Weg entscheidender Bekehrung. Bis vor kurzem waren die tonangebenden Männer offene oder stille Gegner des heutigen Staates, der Republik. Das hat sich jetzt gewendet. Der Professor der Rechte an der Berliner Universität Wilhelm Kahl, Doktor der Theologie, der Philosophie, des Rechts,

---

mission war eine glänzende Rechtfertigung ihres Begründers, des Hofpredigers Adolf Stoeker. Auch wer seine christlich-soziale Politik verurteilte, seine kirchenpolitischen Bestrebungen nicht billigte, mußte das Werk der Stadtmission anerkennen. Als Stoeker im Jahre 1909 zu Grabe geleitet wurde, haben viele dem Toten die Ehre gegeben, die sie dem Lebenden missgoßnnten. Aber Kaiser Wilhelm war nicht unter ihnen. Das war den königstreuen Verehrern Stoekers schmerzlich. Jetzt kam eine späte Anerkennung des Vaters der Stadtmission vom Kaiser in Haus Doorn. D. Philippus sagte mit Recht: „Das Unglück läutert“. Der Kaiser hat sich selbst überwunden. Wir freuen uns um seinetwillen. Stoeker bedurfte dieser Rechtfertigung nicht mehr. Die Geschichte hat ihn gerechtfertigt, uns zum Schmerz, aber auch zur Freude. Daß die führenden Schichten Stoeker im Stich ließen, nicht etwa der Kaiser allein, hat uns die Revolution gebracht. Der soziale Gedanke aber, den Stoeker vertreten hat, ist heute Gemeingut aller denkenden Politiker. Der Verkünder der Wahrheit ist auf dem Scheiterhaufen des Zeitgeistestes verbrannt worden, aber die Wahrheit ist siegreich aus der Asche emporgestiegen.“ („Reichsbote“ Nr. 63 vom 16. März 1927.)

<sup>1</sup> „Reichsbote“ Nr. 160 vom 20. Juni 1924.

<sup>2</sup> „Reichsbote“ Nr. 146 vom 22. Juni 1925.

der Medizin und der Staatswissenschaften, hat den Umschwung eingeleitet. Nachdem am 17. Juni der altbewährte Präsident der früheren Kirchenversammlungen, D. Freiherr v. Pechmann, die Tagung eröffnet und der Vorsitzende des ständigen Kirchenausschusses D. Kapler über die drei letzten Jahre Bericht erstattet hatte, hielt Prof. Althaus (Erlangen) einen Vortrag über „Kirche und Volkstum“, der nichts als akademische „Selbstverständlichkeiten“ brachte.

Am folgenden 18. Juni aber nahm Kahl das Wort zu der mit großer Spannung erwarteten Rede über „Kirche und Vaterland“.

Der Text seiner Rede ist uns noch nicht offiziell bekannt, aber was die Berichte davon geben, läßt erkennen, daß der Vortrag eine Ereignis von großer Tragweite war und sein wird. Anstatt in theoretischen Gedankengängen über die Pflege der Vaterlandsliebe durch die protestantische Kirche sich zu verbreiten, wie der themstellende Kirchenausschuß erwartete, packte der überragende Gelehrte und Politiker den Stier bei den Hörnern und sprach in klar und scharf geformten, biblisch gut begründeten Sägen über das Verhältnis der heutigen protestantischen Kirche und ihrer Mitglieder zu dem heutigen deutschen Staat. Das Wort „Republik“ wurde zwar noch nicht ausgesprochen, aber das war nicht nötig. Wenn ein Mann, der tags zuvor seinen 78. Geburtstag gefeiert hatte, und der dem alten Bismarckischen Kaiserstaat mit Herz und Sinn zugetan und von ihm mit Ehren überhäuft worden war, nun doch mit Berufung auf die Worte des Apostels Paulus die Pflicht der heutigen Christen einschärfe, der bestehenden Obrigkeit untertan zu sein, so mußte das auf die versammelten mehr als 200 Kirchenmänner einen überwältigenden Eindruck machen, mochten auch, wie ein Berichterstatter meint, höchstens fünf „Republikaner“ unter ihnen sein.

Es soll nachher bei der Aussprache und Beschlusffassung über die an das evangelische Volk zu richtende Kundgebung „über Volk und Vaterland“ erregte Zusammenstöße wegen dieser religiös-politischen Probleme gegeben haben. Die Kundgebung selbst läßt nichts davon ahnen, jedenfalls vermeidet sie jeden Widerspruch gegen die von Kahl entwickelten Pflichten und bestätigt so seinen Standpunkt.

Die Aussprache über Kahls Worte und Mahnungen ist noch im Gang und wird nach Erscheinen der amtlichen Berichte vielleicht neu einsegen. Liberale Stimmen sind natürlich ganz befriedigt, während die konservativen, reaktionären und monarchischen Organe sich krampfhaft anstrengen, den Worten, so weit man sie nicht einfach verschweigt, die gefährlichen Zähne auszuziehen. Besonders der von Kahl mit Recht verfochtene Satz, daß auch Ungerechtigkeit und Revolution nach der Tat neues Recht begründen könne, ist ihnen als unchristliche Irrlehre vorgekommen.

Generalsuperintendent Klingemann in Koblenz, Prof. Füllkrug, Pastor Philipps und viele andere sind im „Reichsboten“, der „Allg. Ev.-Luth. Kirchenzeitung“, in G. Traubs „Eisernen Blättern“ usw. an der Arbeit, das zurechtzurücken, was der freisinnige Professor verwirrt haben soll. Der neueste Gegenzug gegen Kahls Königsberger Rede ist eine „Kirchliche Rundschau“ im „Reichsboten“<sup>1</sup>. Da heißt es:

<sup>1</sup> Nr. 270 vom 13. November 1927.

„Als ein weit leuchtendes Fanal wirkt die große soziale Kundgebung des Betheler Kirchentages. Sie ist noch immer nicht genug ins Volk eingedrungen. Und es sollte eine immer wiederkehrende Frage der kirchlichen Visitatoren an alle Kirchengemeinden, besonders an solche mit stark industrieller Bevölkerung sein: Ist hier die Betheler Botschaft in jedes Haus gekommen? Und wenn es nicht geschehen ist, welche Maßnahmen gedenkt man zu ergreifen, damit es geschieht?“ Die Kundgebung von Bethel überragt ganz ohne Zweifel weit alles andere, das von den vereinigten deutschen Landeskirchen getan ist. Und sie lässt sich morgen noch gerade so gut verbreiten wie gestern. Nur, daß es wirklich geschieht! Es darf kein Haus im evangelischen Deutschland geben, dem nicht wenigstens die Möglichkeit geboten wird, die soziale Botschaft kennen zu lernen. Was da versäumt ist, lässt sich, wie gesagt, bei gutem Willen, geschickter Organisation und ohne große Ausgaben noch nachholen. Denn der Betheler Kirchentag und seine Botschaft sind durch den Königsberger Kirchentag und seine Kundgebungen keineswegs in den Schatten gestellt. Der vaterländische Erlass von Königsberg kann bei seiner mehr akademisch-zurückhaltenden Prägung niemals „einschlagen“, so gut sein Inhalt sein mag. Volkstümlich kann nur eine Kundgebung wirken, wenn man sie bei allem Reichtum des Inhalts auf einen Satz zurückführen kann. Das ist bei dem Königsberger Erlass nicht so möglich wie bei dem Betheler (?). Man wird ihn immer einmal verwenden können, aber er wird kein Symbol der neuen kirchlichen Lage werden, wie es die Betheler Botschaft in etwa ist und noch mehr werden könnte. Was uns in Königsberg fehlt, das war der Protest der evangelischen Kirchen Deutschlands gegen die Kriegsschuldlüge. Ein solcher hätte den Kirchentag und die evangelische Kirchengemeinschaft auf die Höhe gebracht und sie als Hort und Macht der Wahrheit vor aller Welt erwiesen. Der ganze Erdkreis hätte aufgehorcht. Das ist nicht geschehen, und wir beklagen es, dankbar dafür, daß unser Hindenburg in Tannenberg nachgeholt hat, was die Kirche in Königsberg unterlassen hat. Vereinigt ist die Sache damit nicht. Die Erklärung des Fortsetzungsausschusses glich nicht einem klaren Posaunenton. Das Kirchenvolk hat mit Recht die Überzeugung, daß hier noch nicht alles in Ordnung ist und daß noch nicht der Glanz der vollen Wahrheit über den internationalen kirchlichen Versammlungen liegt. Darum verursacht auch die Lausanner Versammlung doch eine gewisse Beklemmung.“

Die letzte Bemerkung gehört schon in einen andern Zusammenhang. Daß hier Bethel nur als Ablenkung gegen Königsberg wieder aufgeweckt werden soll, ist wohl nicht zu bezweifeln. Bei dem Protest gegen die Schuldlüge fällt auf, wie unendlich wichtig für diese Art Protestanten die rein weltliche Ehre ist, der point d'honneur, die Satisfaktionsehre! Gegen diesen Gesichtspunkt müssen selbst die viel wichtigeren Fragen des Weltfriedens, des Kirchenfriedens und der Kircheneinigung an die zweite Stelle treten. Ist das christlich? evangelisch? Doch genug davon!

Uns kommt es darauf an, ein Bild von dem, was sich im deutschen Protestantismus öffentlich abspielt, zu geben und daran einige Erwägungen zu knüpfen.

In protestantischen Zeitbetrachtungen wird mehrfach auf die große Zahl und den erfolgreichen Verlauf dieser kirchlichen Tagungen hingewiesen und die Nutzanwendung daran gefügt, daß solche frische Lebenszeichen im Protestantismus unsere katholischen Vorhersagen von dem unmittelbar bevorstehenden Zerfall und Untergang des Protestantismus handgreiflich widerlegen. Aber wer hat denn diesen raschen Zerfall vorhergesagt? Urteilsfähige Katholiken wohl kaum! Ein so amorphes Gebilde, wie es unser gegen-

wärtiger Protestantismus mit seinen unbestimmt vielen Landeskirchen ist, kann gar nicht plötzlich zusammenfallen. Dabei ist aber der Unterschied zu beachten, auf den der bayrische Kirchenpräsident Veit jüngst auf der Landessynode in Ansbach hingewiesen hat: Versteht man unter Kirche nur die Außerlichkeit eines gut organisierten Zweckverbandes für Religion und Gottesdienst, so mag man wohl mit Generalsuperintendent Dibelius von einem „Jahrhundert der Kirche“ reden. Schaut man aber auf den inneren Geist und das Glaubensleben, so ist jenes Schlagwort, wie Veit sagt, keineswegs zu rechtfertigen<sup>1</sup>.

In der Tat ist die Klage, das religiöse und kirchliche Leben sei im landeskirchlichen Protestantismus am Zerrinnen und Versickern, weitverbreitet und mit Tatsachen belegt.

Ob die Zahl der äußerlich zum Protestantismus übertretenden Katholiken größer ist als umgekehrt, darauf kommt es, wie sogar der „Reichsbote“ unlängst anerkannt hat, im Wettkampf der Kirchen viel weniger an als auf jene oben erwähnte innere Geisteskraft und religiöse Lebensfülle, die jeden Teil befähigt, am sittlichen und christlichen Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuwirken.

Hier ist wenigstens nach unserer Überzeugung das Schlachtfeld, auf dem sich der Kampf entscheiden muß. In seiner Weise hat dieser Überzeugung schon vor 40 Jahren der lutherische Abt Uhlhorn Ausdruck geliehen, und seitdem ist das gleiche Duendumal von andern Protestanten wiederholt worden. Daraus folgt, daß der Ausgang des Ringens, Sieg oder Zusammenbruch des einen oder andern Teils nicht rasch und plötzlich, sondern nur in langsamer und scheinbar unmerklicher Entwicklung eintreten kann. Auf Uhlhorns eben erwähnte Weissagung wird in jüngster Zeit wieder häufig in verschiedener Form und Fassung hingewiesen. Es mag darum angebracht sein, den Wortlaut hier zum Schluß getreu zu wiederholen:

„An der sozialen Frage werden sich auch die Geschicke der Kirchen entscheiden. Diejenige Kirche wird den Sieg behalten, welche zur Lösung der sozialen Frage am meisten beiträgt. Zu jeder Zeit hat die Kirche ihre besondern Aufgaben zu erfüllen, und davon, wie sie dieselben erfüllt, hängt ihre Zukunft ab. Für die Gegenwart sind die Aufgaben in der sozialen Frage beschlossen, deshalb liegt da die Entscheidung. Zwar das Evangelium kann nicht untergehen, aber darin, daß wir das lautere Evangelium haben, liegt noch nicht die Bürgschaft für den Bestand unserer Kirche in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Keine Lehre ist ein hohes Gut, aber zugleich ein anvertrautes Pfund; nicht daß wir's haben, ob wir's recht gebrauchen und damit wuchern entscheidet. Der Wert einer Kirche ist zuletzt immer nur danach zu bemessen, welche sittlichen Früchte sie bringt.“

Darüber kann sich heute niemand mehr täuschen, daß der Kampf zwischen Katholizismus und Protestantismus nach einer scheinbaren Ruhepause wieder heftiger als je entbrannt ist; täuschen wir uns darüber auch nicht, daß der Kampf nicht auf dem Felde gelehrter Deduktionen, nicht auf dem Gebiete dogmatischer Polemik entschieden werden wird, sondern die Frage ist, welche Kirche wird den stärksten Einfluß auf unser Volksleben gewinnen. Das Schlachtfeld, auf dem die Entscheidungsschlacht geschlagen werden wird, ist das Gebiet der sozialen Frage.“<sup>2</sup>

Matthias Reichmann S. J.

<sup>1</sup> Vgl. „Reichsbote“ 1927, Nr. 208.

<sup>2</sup> Uhlhorn, Abt zu Loccum, Katholizismus und Protestantismus gegenüber der sozialen Frage (Göttingen 1887) 1.